

## **.SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis**



Schwertner, Robert (2005):

### **EU-Milliarden für ein neues Sicherheitsforschungsprogramm**

SIAK-Journal – Zeitschrift für  
Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis  
(1), 42-45.

doi: 10.7396/2005\_1\_F

*Um auf diesen Artikel als Quelle zu verweisen, verwenden Sie bitte folgende Angaben:*

Schwertner, Robert (2005). EU-Milliarden für ein neues Sicherheitsforschungsprogramm, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (1), 42-45, Online: [http://dx.doi.org/10.7396/2005\\_1\\_F](http://dx.doi.org/10.7396/2005_1_F).

© Bundesministerium für Inneres – Sicherheitsakademie / Verlag NWV, 2005

Hinweis: Die gedruckte Ausgabe des Artikels ist in der Print-Version des SIAK-Journals im Verlag NWV (<http://nwv.at>) erschienen.

Online publiziert: 4/2014

## Robert Schwertner

Schwertner Robert, Mag., MAS  
FFG – Österreichische  
ForschungsförderungsgesmbH  
Referatsleiter für Inter-  
nationale Kooperation



geb. 1971, Ausbildung:  
Universität Wien, Studium  
Biologie/Wasserökologie; Donau-  
Universität Krems, European  
Advances Studies. Berufliche  
Tätigkeit: Hilfswerk Austria  
1997-2001, Durchführung von  
Infrastrukturprojekten in  
Südosteuropa, GUS und Asien.  
Seit Juli 2001 Leiter des Referats  
für Internationale Kooperation der  
Österreichischen Forschungs-  
förderungsgesmbH (FFG),  
Beratung über EU-  
Forschungsförderung.  
e-mail:  
robert.schwertner@ffg.at

## EU-Milliarden für ein neues Sicherheitsforschungsprogramm

**Nicht nur in den USA, sondern auch in der Europäischen Union haben die Terroranschläge vom 11. September 2001 zu einer Neubewertung von Verteidigungs- und Sicherheitspolitik und damit auch zu einer Stärkung des Bereichs Sicherheitsforschung geführt. Die EU ist im Vergleich zu den USA bei Forschungsförderung und Technologieentwicklung für sicherheitspolitische Zwecke noch weit abgeschlagen, die erweiterte Staatengemeinschaft tut sich schwer mit einer gemeinsamen Sicherheits- und Aussenpolitik. Geht es nach der EU-Kommission, könnte sich das bald ändern. Nach deren Plänen würde die EU ab 2007 jährlich bis zu einer Milliarde Euro für Rüstungs- und Sicherheitsforschung ausgeben.**

**Vorbereitungen des Programms.** Im Juni 2004 wurden bereits 15 Millionen Euro bewilligt, um im Rahmen einer "Vorbereitenden Maßnahme" ein "Programm zur Erhöhung der Sicherheit in Europa durch Forschung und Technologie" (Europäische Kommission, Vademecum) auszuarbeiten. Bis 2006 sind insgesamt 65 Millionen Euro für die Vorbereitungsphase veranschlagt (Europäische Kommission, PASR Ausschreibung 2004), die hier vorgeschlagenen Schritte und Ziele sollen dann nach 2006 in ein europäisches Sicherheitsforschungsprogramm einfließen. Die EU benötigt "die modernsten Mittel, um neue Sicherheitsrisiken zu antizipieren und ihnen so zu begegnen, dass dies ihren Interessen dient und ihren Werten entspricht" (Europäische Kommission, 2004).

Vorgenommen hat man sich viel an Investitionen in die "Sicherheitskultur". Die Union steht nun vor der Aufgabe, Handlungsfähigkeit zu erlangen, um sicherheitsrelevante Fragen angehen zu können. Drei strategische Ziele werden dabei genannt:

- Abwehr von Bedrohungen: Auf aktuelle Bedrohungen wie Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Zusam-

menbrüche von Staaten, regionale Konflikte muss reagiert werden können.

- Stärkung der Sicherheit unserer Nachbarschaft: Die Union vergrößerte sich durch die Erweiterung flächenmäßig um 34% und grenzt an weniger stabile Regionen. Es ist daher sicherzustellen, dass ein einheitliches Sicherheitsniveau in der Union weiterhin gewährleistet wird.

- Weltordnung auf der Grundlage eines wirksamen Multilateralismus: Kein europäischer Staat wird in der Lage sein, im Alleingang die aktuellen immensen und vielschichtigen Sicherheitsprobleme zu bewältigen. In einer Welt globaler Märkte, globaler Medien, aber auch globaler Bedrohungen hängen Sicherheit und Wohlstand von einer wirksamen multilateralen Zusammenarbeit ab, die von der Union mitgetragen wird.

Bislang hat sich die Europäische Kommission um die Verbindung der Sicherheitsindustrie mit der Wissenschaft mangels entsprechender Beauftragung durch europäische Staatschefs kaum gekümmert, was sich jetzt mit dem neuen Sicherheitsforschungsprogramm ändern soll. Hintergrund des Plans ist die europäische Sicherheitsstrategie, die im Dezember 2003 beschlossen wurde und schon im Titel "A Secure Europe in a Better World" (Rat der Europäischen Union, European Security Strategy, 2003) – nach dem Vorbild der USA formuliert wurde. Man will sich auf die neuen Bedrohungen einstellen, den Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bekämpfen, und auch, falls notwendig, präventiv militärisch gegen gefährliche Staaten vorgehen. Regionale Konflikte wie in Südosteuropa, im Nahen Osten und Nordafrika betreffen die EU unmittelbar, sie fördern Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Bedrohlich sind auch zusammenbrechende Staaten und organisiertes Verbrechen. Die EU-25 mit einem Verteidigungsgesamthaushalt von 160 Milliarden Euro soll daher zu einem

globalen Akteur aufgerüstet werden, der auch mehrere internationale Einsätze gleichzeitig ausführen können muss (Europäische Kommission, 2003).

Im Vorfeld werden nun durch die vorbereitende Maßnahme die Sicherheitsprobleme analysiert und technische, aber auch politische Antworten aufgezeigt. Dabei geht es neben der Stimulierung der Wirtschaft und Forschung auch um die Einführung von Standards für die Interoperabilität und die Vernetzung von Institutionen.

**Die fünf Aktionsbereiche.** Folgende fünf Aktionsbereiche werden nun bis 2006 behandelt:

- Verbesserung des Situationsbewusstseins: Ziel ist die Ermittlung der wichtigsten Bedrohungen in Europa, insbesondere für die Land- und Seegrenzen, durch Verbesserung der Aufklärung, Erhebung und Vernetzung von Daten. Entsprechende Technologien, Konzepte und Systeme zur Stärkung des Situationsbewusstseins sollen entwickelt werden. Dabei ist auch an die Einführung neuer Kennzeichnungssysteme gedacht. Auch die Verbesserung von statischen und mobilen Sensoren zur besseren Lokalisierung von Personen und Gütern wird angestrebt.
- Optimierung der Sicherheit und Schutz vernetzter Systeme: Die Auswertung vernetzter Systeme wie z.B. der Kommunikationssysteme, der Verkehrsnetze, der Netze für den (Cyber-)Handel soll verbessert werden, wobei auch die Nutzungssicherheit, die Anfälligkeiten und Verflechtungen aufgezeigt werden sollen. Das Sicherheitsforschungsprogramm soll Vorschläge liefern, welche Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz gegen elektronische und physische Angriffe ergriffen werden können.
- Schutz vor Terrorismus: Im Vordergrund steht hier vor allem die Bedarfsermittlung an Information und notwendiger Infrastruktur. Auch die Festlegung der Prioritäten in der Bekämpfung und Abwehr von Terroris-

mus und Vorschläge für technologische Lösungen für den Nachweis von terroristischen Angriffen sind vorgesehen. Die Union nennt auch dezidiert Bioterrorismus und Unfälle mit biologischen, chemischen und anderen Stoffen als wichtige Bereiche.

- Verbesserung des Krisenmanagements: Dieser Titel hat die Optimierung von Evakuierungs-, Such- und Rettungsmaßnahmen zum Inhalt; operationelle und technologische Fragen unter den Aspekten Krisenprävention, operationelle Vorbereitung und Management tatsächlicher Krisensituationen sollen untersucht werden.
- Interoperabilität und Integration der Informations- und Kommunikationssysteme: Schließlich wird die Entwicklung von Konzepten für die Interoperabilität von Informationssystemen ins Auge gefasst. Hierbei sollen vorhandene und neue Daten verknüpft werden, um die Leistungs- und Anpassungsfähigkeit dieser Informationssysteme verbessern zu können (Europäische Kommission, 2004).

**Neudefinition des EU-Sicherheitsbegriffs.** Die angeführten Aktionsbereiche sind im Lichte einer Neudefinition des EU-Sicherheitsbegriffs zu sehen, der durchaus als Durchbruch und als neue Ära im sicherheitspolitischen Bereich betrachtet werden kann. Denn im EU-Sicherheitskonzept sollen nicht allein Staatsgrenzen geschützt und Territorium verteidigt werden, im Zentrum steht vor allem der Schutz des EU-Bürgers. Schutz soll nicht nur vor terroristischen Angriffen gewährt werden, sondern auch vor Unfällen, Naturkatastrophen und auch vor Internet-Kriminalität. Diese Neudefinition des Sicherheitsbegriffs könnte in den nächsten Jahren dazu führen, dass neue Bedürfnisse durch ein erhöhtes Sicherheitsbewusstsein geschaffen werden, Unternehmen neuartige Produkte und Sicherheitstechnologien entwickeln könnten und damit auch neue Märkte geschaffen werden.

Vom Rat der Europäischen Union wird

Die EU-25 mit einem Verteidigungsgesamthaushalt von 160 Milliarden Euro soll daher zu einem globalen Akteur aufgerüstet werden, der auch mehrere internationale Einsätze gleichzeitig ausführen können muss (Europäische Kommission, 2003).

Ziel ist die Ermittlung der wichtigsten Bedrohungen in Europa, insbesondere für die Land- und Seegrenzen, durch Verbesserung der Aufklärung, Erhebung und Vernetzung von Daten.

Im EU-Sicherheitskonzept sollen nicht allein Staatsgrenzen geschützt und Territorium verteidigt werden, im Zentrum steht vor allem der Schutz des EU-Bürgers.

**EU-Gelder gibt es zukünftig  
auch für die österreichische  
Sicherheitsforschung.**



Stärken Österreichs sind beispielsweise Bereiche wie Biotechnologie, (Umwelt-) Monitoring, Senorentwicklung, Logistikkforschung, IT-Teilbereiche wie Kryptologie und Materialwissenschaften.

versichert (EU-Report of the Group of Personalities in the field of Security Research), dass die Hauptverantwortung für die äußere Sicherheit nach wie vor bei den Mitgliedsstaaten liegen werde. Gleichwohl könnten die nationalen Regierungen die neuen Sicherheitsprobleme nur lösen, wenn sie ihre Bemühungen koordinieren. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass die EU weniger die Verteidigungstechnologie als die Kontroll- und Sicherheits- sowie die Informations- und Kommunikationstechnologie in den Vordergrund stellt.

Eine noch nicht näher benannte, dafür aber hochrangige "Gruppe von Persönlichkeit" wird die EU-Kommission in Sicherheitsfragen beraten und auch wesentlich zur Vorbereitung des Sicherheitsforschungsprogramms beitragen. Dazu würden Vorstände von Unternehmen und Forschungsinstituten, hochrangige europäische Politiker, Mitglieder des EU-Parlaments und Beobachter von staatenübergreifenden Institutionen, aber auch Interessensvertretungen und Lobbyisten gehören.

**Der Stand Österreichs im Sicherheitsforschungsbereich.** Ein kurzer Blick auf die Fakten stellt klar, dass Österreich in der EU-Arena in Sicherheitsfragen nur eine untergeordnete Rolle spielt: Österreich gehört zur Gruppe der kleinen EU-Mitgliedsstaaten mit geringem Verteidigungsbudget. Österreich ist nicht Mitglied der NATO und hat durch die NATO-Osterweiterung an geostrategischer Bedeutung verloren.

Österreich verfügt über keine ausgeprägte Verteidigungs- und Rüstungsindustrien mehr. Restriktive gesetzliche Rahmenbedingungen z.B. im Bereich der Rüstungsexporte führten in den vergangenen Jahren zu einer Umstrukturierung heimischer Rüstungsfirmen in Richtung ziviler Produktion.

Betrachtet man die Forschungslandschaft, so ergibt sich ein ähnliches Bild: Österreich hat an den Universitäten keine einzige sicherheitspezifische Fakultät, nur einen einschlägigen Fachhochschullehrgang, den Fachhochschullehrgang für Militärische Führung in Wiener Neustadt, und nur einige wenige relevante Forschungsinstitute aufzuweisen. Der Forschungsthemenkatalog 2003 des Österreichischen Verteidigungsministeriums weist zwar 71 "in Bearbeitung stehende" Projekte aus, davon sind aber der überwiegende Teil geisteswissenschaftliche und wehrmedizinische Studien. Es werden insgesamt nur 13 naturwissenschaftliche und wehrtechnische Projekte aufgelistet, welche fast nur sicherheitsrelevante Themen, beispielsweise die "Aufbereitung von Hydrauliköl" und "österreichischer Kasernenbau", beinhalten (Forschungsthemenkatalog, BMLV, 2003).

Immerhin gibt es zahlreiche österreichische Forschungseinrichtungen und Unternehmen im Hochtechnologiebereich mit der nötigen internationalen Erfahrung und Reputation, die durchaus gute Chancen hätten, am EU-Sicherheitsforschungsprogramm teilzunehmen. Stärken Österreichs sind beispielsweise Bereiche wie Biotechnologie, (Umwelt-)Monitoring, Senorentwicklung, Logistikkforschung, IT-Teilbereiche wie Kryptologie und Materialwissenschaften.

In der eingangs erwähnten "Vorbereitenden Maßnahme" der EU ist Österreich von insgesamt 17 Projekten an nur zwei Projekten beteiligt. Das heißt in weiteren 15 Projekten werden die Prioritäten des neuen EU-Sicherheitsforschungsprogramms ohne österreichische Teilnahme festgelegt. Um in der Europäischen Union im Sicherheitsforschungsbereich in Zukunft wettbewerbsfähig zu werden, sind daher einige Maßnahmen auf nationaler Ebene notwendig:

## Literaturhinweise

## Zusammenfassung

- Koordinierung und verbesserte Abstimmung österreichischer öffentlicher Förderinstitutionen.
- Schaffung eines nationalen österreichischen Sicherheitsforschungsprogramms, das es ermöglicht, Forschungseinrichtungen und Unternehmen auf die neuen Entwicklungen auf EU-Ebene vorzubereiten.
- Einrichtung einer nationalen Kontaktstelle für EU-Sicherheitsforschung, die Beratung und Unterstützung für Unternehmen und Forschungseinrichtungen über die Beteiligung am EU-Sicherheitsforschungsprogramm anbietet.
- Bewusstseinsbildung für den neuen, erweiterten Sicherheitsbegriff und vermehrte Öffentlichkeitsarbeit über das neue EU-Sicherheitsforschungsprogramm.

Klar ist, dass die Europäische Union in Zukunft mehr Geld für Sicherheitsforschung ausgeben wird, immerhin mindestens eine Milliarde Euro pro Jahr ab 2007. Klar ist auch, dass Österreich an diesem Kuchen mitnaschen könnte. Aber nur, wenn es gelingt, sich im EU-internen Wettbewerb um die Mittel als starker Partner zu positionieren und Unternehmen und Forschungseinrichtungen auf das neue EU-Sicherheitsforschungsprogramm optimal vorzubereiten.

## Literaturhinweise

### Weiterführende Literatur und Links:

[www.cordis.lu/security](http://www.cordis.lu/security), [www.bit.ac.at/security](http://www.bit.ac.at/security),  
[http://europa.eu.int/comm/research/security/index\\_en.html](http://europa.eu.int/comm/research/security/index_en.html)  
[http://europa.eu.int/information\\_society/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/information_society/index_en.htm)  
 Joint Research Centre  
 Institute for the Protection and Security of the Citizen  
<http://ipsc.jrc.cec.eu.int/>  
 Justice and Home Affairs  
[http://europa.eu.int/comm/justice\\_home/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/justice_home/index_en.htm)  
 CFSP – Common Foreign and Security Policy  
<http://ue.eu.int/pesc/default.asp?lang=en>

Ausschreibung der Europäischen Kommission: Vorbereitende Maßnahme zur Sicherheitsforschung, (Preparatory Action for Security Research PARS), Juni 2004.

Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV);  
 Forschungsthemenkatalog des BMLV, August 2003, 13-15.

Europäische Kommission; PASR-Ausschreibung der Europäischen Kommission: Vorbereitende Maßnahme zur Sicherheitsforschung, (Preparatory Action for Security Research PARS), Juni 2004.

Europäische Kommission; Vademecum – Preparatory Action in the field of Security Research, März 2004, 6ff, 31.

Europäische Kommission; Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Sicherheitsforschung: die nächsten Schritte, KOM(2004) 590, 7.9.2004.

Europäische Kommission; Mitteilung der Europäischen Kommission über die Umsetzung der vorbereitenden Maßnahme zur Stärkung des Industriepotentials in Europa auf dem Gebiet der Sicherheitsforschung im Hinblick auf ein Programm zur Erhöhung der Sicherheit in Europa durch Forschung und Technologie, KOM(2004) 72, 3.2.2004.

Europäisches Parlament; Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über eine europäische Verteidigung – Industrie- und Marktaspekte – Auf dem Weg zu einer Verteidigungsgüterpolitik der Europäischen Union, KOM(2003) 113 – 2003/2096(INI), März 2003.

Rat der Europäischen Union, Strategiepapier, A Secure Europe in a Better World European Security Strategy, 12. Dezember 2003.

Report of the Group of Personalities in the field of Security Research, Research for a Secure Europe, 2004, 11.

***Nach langem "Dornröschenschlaf" scheint sich Europa zu einer Neubewertung von Verteidigungs- und Sicherheitspolitik und damit auch zu einer Stärkung des Bereichs Sicherheitsforschung durchzuringen. Geht es nach der EU-Kommission, soll ab 2007 jährlich bis zu einer Milliarde Euro in ein "Europäisches Sicherheitsforschungsprogramm" (ESFP) fließen. Seit Juni 2004 werden für die Entwicklung des ESFP vorbereitende Maßnahmen von der Europäischen Kommission in Form von Finanzierung von Vorprojekten und Konferenzen durchgeführt. Neben dem technologischen Schwerpunkt der Maßnahmen spielen während dieser Vorbereitungsphase auch sozioökonomische Aspekte, die Aneignung von Fähigkeiten und die Sensibilisierung der Öffentlichkeit eine Rolle.***

***Die in dieser Phase gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse werden mit dazu beitragen, dass das künftige Forschungsprogramm durch die maßgeblichen EU-Institutionen optimal konzipiert und mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet sein wird und eine Grundlage dafür bietet, Spitzentechnologien und Fähigkeiten hervorzubringen, die die EU dazu befähigen, Frieden, Sicherheit und Wohlstand in Europa und darüber hinaus zu fördern. Österreich könnte auch vom neuen Geldregen profitieren, aber nur, wenn es gelingt, sich in der EU als starker Partner zu positionieren.***